

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist (auch 4.10.)

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker (auch 4.10.)

Ratsmitglied Katja Breuer (4.10.: entschuldigt)

Ratsmitglied Martin Ehlers (4.10.: entschuldigt)

Bürgermeisterin Ursula Glaser (auch 4.10.)

Ratsmitglied Martin Harms (auch 4.10.)

Ratsmitglied Uwe Heinemann (auch 4.10.)

Beigeordneter Stephan Hellwig (auch 4.10.)

Ratsmitglied Michael Kunze (auch 4.10.)

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann (auch 4.10.)

Ratsmitglied Helmut Möhle (4.10.: entschuldigt)

Ratsmitglied Jörg Mückenwarf (4.10.: entschuldigt)

Ratsmitglied Astrid Zaage (auch 4.10.)

Mitglied SPD-Fraktion

Beigeordnete Nurhayat Bakir (auch 4.10.)

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi (22.9. entschuldigt, ebenso 4.10.)

Ratsmitglied Christina Heide (auch 4.10.)

Beigeordneter Howard Jacques (auch 4.10.)

Ratsmitglied Gesche Marxfeld (auch 4.10.)

Bürgermeister Uwe Reese (auch 4.10.)

Ratsmitglied Detlef Schön (auch 4.10.)

Ratsmitglied Kristian Stoermer (4.10.: entschuldigt)

Ratsmitglied Florian Wiese (auch 4.10.)

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsmitglied Georg Berner-Waindok (22.9. entschuldigt, ebenso 4.10.)

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster (4.10.: entschuldigt)

Ratsmitglied Petra Stomberg (auch 4.10.)

Beigeordneter Andreas Tönjes (auch 4.10.)

Ratsmitglied Michael von den Berg (4.10.: entschuldigt)

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis (auch 4.10.)

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner (auch 4.10.)

Ratsmitglied Helga Weinstock (auch 4.10.)

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ratsmitglied Andreas Lang (22.9. entschuldigt, ebenso 4.10.)

Ratsmitglied Christian Ressel (22.9. entschuldigt, ebenso 4.10.)

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte (auch 4.10.)

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman (auch 4.10.)

Mitglied AfD-Fraktion

Beigeordneter Thorsten Moriße (auch 4.10.)

Ratsmitglied Irina Moriße-Kappes (4.10.: entschuldigt)

Ratsmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß (22.9.: online, 4.10.: entschuldigt)

fraktionslos

Ratsmitglied Mirco Danner (auch 4.10.)

Ratsmitglied Sebastian Seidel (4.10.: entschuldigt)

Dezernenten

Erster Stadtrat Armin Schönfelder (auch 4.10.)

Stadtbaurat Nikša Marušić (auch 4.10.)

Stadtkämmerer Thomas Bruns (auch 4.10.)

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Julia Muth (auch 4.10.)

Fachbereich Kommunikation & Koordination Andreas Satzke

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst

Protokollführerin

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel (auch 4.10.)

als Gast

Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH Michael Diers

Geschäftsführer Wirtschaftsförderung GmbH Jürgen Janßen

Geschäftsführer Wirtschaftsförderung GmbH Alexander Leonhardt

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 23

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

6.1.1	Stärkung des Regionalmanagements bei der Wirtschaftsförderungs-gesellschaft Wilhelmshaven mbH	207/2021
6.1.2	Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, dem Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems, der Stadt Wilhelmshaven und dem Landkreis Friesland	208/2021
6.1.3	Strategieentwicklung und Eckpunktepapier	209/2021
6.1.4	Strukturwandel Kohleausstieg - mögliche Projekte und Maßnahmen	210/2021
6.1.5	Finanzierung des Eigenanteils bei Inanspruchnahme der Strukturhilfen	211/2021
6.1.6	Aufgabe der Beteiligung an der Ostfriesland Tourismus GmbH	225/2021
6.2.1	Gründung und Beteiligung der Stadt Wilhelmshaven an der Tourismus Agentur Nordsee GmbH (TANO)	237/2021
6.2.2	Neufassung Entgeltordnung Stadttheater	259/2021
6.3.1	Streaming und Videoaufzeichnung von Ratssitzungen	213/2021
6.4.1	Bebauungsplan Nr. 23, 1. Änderung (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 30 (VEP 030) - Gartengelände Hegelstraße (ehem. Botanischer Garten- Erneuter Entwurfsbeschluss	227/2021
6.4.2	90. Änderung des Flächennutzungsplanes von 1973 - Bismarckstraße zwischen Rechtern- und Jachmannstraße- Aufstellungsbeschluss	228/2021
6.4.3	Bebauungsplan Nr. 127 A Bismarckstraße zwischen Liebrecht- und Jachmannstraße Aufstellungsbeschluss	229/2021
6.4.4	87. Änderung des Flächennutzungsplanes von 1973 - Voslapper Groden Nord / Nördlich Tanklager- Aufstellungsbeschluss	124/2021
6.4.5	Bebauungsplan Nr. 225 - Voslapper Groden Nord / Nördlich Tanklager Aufstellungsbeschluss	125/2021
6.4.6	Planfeststellungsverfahren Nordgleis Hier: Aufhebung des Planfeststellungsverfahrens	230/2021
6.5.1	Nogatstr. 1, MDS; Finanzierung der temporären Unterbringung GGS	223/2021
6.5.2	Benennung von zwei Mitgliedern für den Verbandsausschuss des III. Oldenburgischen Deichbandes	241/2021
6.6.1	Wilhelmshaven - sauber und integrativ (WSI)	254/2021
7	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
8.1	Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Keine Streichung der Landesmittel bei den "Kosten der Unterkunft" der Sozialhilfe	556/2021
8.2	Antrag SPD-Fraktion: Einführung einer App für "Digitales Parken" auf gebührenpflichtigen Parkplätzen der Stadt Wilhelmshaven	557/2021
8.3	Antrag Gruppe Die FRAKTION: Änderung der Hauptsatzung	558/2021
8.4	Antrag Gruppe Die FRAKTION: Veräußerungen von Erbbaugrundstücken	559/2021
8.5	Antrag Gruppe Die FRAKTION: Vergaberichtlinien	560/2021
8.6	Antrag Gruppe Die FRAKTION: Kommunale Klimaanpassungsstrategien	561/2021
9.1	Anfrage AfD-Fraktion: Information zu abgelehnten Asylbewerber/innen	555/2021
10	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend gratulierte er Ratsfrau Kloster zum Geburtstag und überreichte ihr ein Blumenpräsent.

2 Feststellung der Tagesordnung

Oberbürgermeister Feist teilte mit, dass die Tagesordnungspunkte 6.1.6, 6.2.1, 6.6.1, 13.2.2, 13.2.7 und 14.2 **zurückgezogen** würden.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn von den Berg** informierte **Oberbürgermeister Feist** anschließend über das Zustandekommen der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte 6.1.1 bis 6.1.5.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der geänderten Form festgestellt.

3 Genehmigung der Protokolle über die öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 19.05.2021 (fortgesetzt am 07.06.2021) und vom 16.06.2021

Herr Tönjes kritisierte erneut, dass das Protokoll nicht zeitnah zur Genehmigung vorliegen würde. Er werde aus diesem Grund der Protokollgenehmigung nicht zustimmen.

Außerdem wies er im Protokoll vom 19.05.2021 darauf hin, dass auf S. 12 sein Redebeitrag nicht korrekt wiedergegeben worden sei. Er habe kein Auskunftersuchen in Aussicht gestellt, sondern um Auskunft gebeten. Dies bitte er zu korrigieren.

(Das Protokoll über die Sitzung des Rates vom 19.05.2021 wurde entsprechend ergänzt.)

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen)

Die Protokolle der öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 19.05.2021 (fortgesetzt am 07.06.2021) sowie vom 16.06.2021 werden inklusive der von Herrn Tönjes vorgetragenen Änderung genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Berichte vor.

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

6.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsherr Heinemann)

6.1.1 Stärkung des Regionalmanagements bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH **207/2021**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 20.09.2021 vor.

Aufgrund fehlender weitergehender Informationen beantragte **Herr von den Berg** die **Verweisung** an den zuständigen Fachausschuss.

Die **Herren Dr. von Teichman, Oberbürgermeister Feist, Hellwig** und **Jacques** sprachen sich für eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung aus.

Der **Verweisungsantrag** von Herrn von den Berg wurde daraufhin bei 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 4 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen)

Zur personellen Stärkung des – bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH organisatorisch zugeordneten – Regionalmanagements Strukturwandel Kohleausstieg beauftragt der Verwaltungsausschuss **Rat** die Verwaltung, STARK-Mittel sowie ergänzende Fördermittel bzw. Zuwendungen zu beantragen. Mit der personellen Verstärkung soll das Regionalmanagement zusätzlich eine prozessual und koordinierende Unterstützung zu den Themen

- a) der Transformation des (regionalen) Energiesystems
- b) der nachhaltigen digitalen Transformation der Region erbringen

6.1.2 Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, dem Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems, der Stadt Wilhelmshaven und dem Landkreis Friesland **208/2021**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 20.09.2021 vor.

Herr von den Berg beantragte erneut die **Verweisung** an den zuständigen Fachausschuss.

Dieser Verweisungsantrag wurde bei 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Dr. von Teichman bat das Augenmerk auf die vorgeschriebenen Abläufe zu legen. Es werde kein Füllhorn ausgeschüttet, sondern ein sehr bürokratisches Verfahren eingesetzt. Er bezweifle, ob dieses Verfahren sich als schlank genug

erweise, um bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze voranzukommen. Er prognostizierte harte Arbeit und große Herausforderungen. Es sei dringend geboten, die verlorenen Arbeitsplätze gleichwertig und vernünftig zu ersetzen. Das Vorgehen sei seiner Ansicht nach eher nicht schlank und biete der Stadt wenige Einflussmöglichkeiten. Dennoch werde die Gruppe FDP/FW zustimmen.

Oberbürgermeister Feist machte darauf aufmerksam, dass der Bund als „Mittelgeber“ und das Land als „Mittelweiterreicher“ in die Entscheidungen mit eingebunden werden müssten. Der Rat werde jedoch laufend beteiligt und habe damit sehr wohl Einfluss. Er wies zudem darauf hin, dass direkte Transferleistungen in die Unternehmen aufgrund der Bundesgesetze nicht möglich seien. Das Geld müsse daher so eingesetzt werden, dass eine höhere Wertschöpfung als die zur Verfügung gestellte Summe von 157 Mio. € erfolge und die entfallenden Arbeitsplätze ersetzt würden. Es werde jedoch keine Entscheidung nach Hannover gehen, die nicht zuvor im Rat beraten worden sei.

Herr Tönjes stimmte den Bedenken von Herrn Dr. von Teichman hinsichtlich der hohen bürokratischen Hürden zu. Außerdem vermisste er die Einbindung der Bürger und kritisierte die nur sehr eingeschränkte Handlungsfähigkeit des Rates.

Auch **Herr Walpurgis** warnte, kein „bürokratisches Monster“ entstehen zu lassen und mahnte das dringende Erfordernis von Arbeitsplätzen an. Hier appellierte er, mit dem Geld sorgsam umzugehen und es nachhaltig einzusetzen. Verwaltung und Politik müssten zudem die Bevölkerung mehr beteiligen und Ideen einbringen lassen.

Herr Heinemann hielt dem entgegen, dass es bei öffentlichen Fördergeldern in allen Bereichen komplexe Regeln zu beachten gelte, dies sei ein normaler Vorgang, vor allem bei dem hier eingesetzten Volumen.

Herr Hellwig konnte die geführte Diskussion nicht nachvollziehen. Er gehe davon aus, dass die Verwaltung das Maximum aus der Vereinbarung herausgeholt habe und rate dringend heute zuzustimmen, um die Fördergelder abgreifen zu können. Durch den Kohleausstieg gingen der Stadt Arbeitsplätze verloren, die es zu ersetzen gelte und dafür müssten die Fördergelder eingesetzt werden.

Herr Jacques gab Herrn Hellwig Recht. Es gehe hier nicht darum, speziell die Stadt zu fördern, sondern darum, den Kohleausstieg vernünftig abwickeln zu können. Dies stelle den Beginn einer neuen Zeit dar, bei der die Stadt sich beteiligen und den heutigen Vorlagen zustimmen müsse.

Herr Moriße zeigte sich skeptisch. Seiner Meinung nach führe der Kohleausstieg nur dazu, dass die Probleme ins Ausland verlegt würden. Da man dem Vorhaben jedoch nicht im Weg stehen wolle, werde auch die AfD-Fraktion zustimmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Nein-Stimme und 7 Enthaltungen)

Der ~~Verwaltungsausschuss~~ **Rat** der Stadt Wilhelmshaven stimmt der als Anlage B beigefügten „Vereinbarung über die Umsetzung des Strukturwandels im Zuge des Kohleausstiegs und zur

Durchführung der Strukturhilfen gemäß Kapitel 2 des Investitionsgesetzes Kohleregionen in Wilhelmshaven“ zu.

6.1.3 Strategieentwicklung und Eckpunktepapier

209/2021

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 20.09.2021 vor.

Herr Dr. von Teichman sah das Eckpunktepapier als ersten Aufschlag, weshalb die Gruppe FDP/FW diesem zunächst zustimme. Er gebe jedoch zu bedenken, dass die Corona-Pandemie keinen Megatrend darstelle und daher für sich allein genommen nicht als Punkt für eine übergeordnete Herausforderung darstelle. Außerdem vermisste er ein Handlungsfeld zum Thema „Digitalisierung“ und bat abschließend, aufgrund der großen Bedeutung die Aufzählung um den Punkt „Globalisierung“ zu ergänzen.

Oberbürgermeister Feist informierte über die Ergänzungen, die in der gemeinsamen Sitzung am 21.07.2021 des Verwaltungsausschusses mit dem Kreisausschuss des Landkreises Friesland vorgeschlagen wurden: Demnach solle das Eckpunktepapier auf Seite 1 unten um die Begriffe „und deren wirtschaftliche und soziale Folgen“ und „und Klimafolgenanpassung“ ergänzt werden.

Der Textabschnitt würde wie folgt lauten (Änderungen in roter Schrift):

„Übergeordnete Herausforderungen, sind (in alphabetischer Reihenfolge):

- Covid-19 Pandemie *und deren wirtschaftliche und soziale Folgen*
- Demografischer Wandel
- Digitaler Wandel (Digitalisierung)
- Klimawandel (Klimaveränderung) *und Klimafolgenanpassung“*

Herr Tönjes bat um Erklärung des Begriffs „Durchführung eines regionalen Strategieprozesses“ und widersprach gleichzeitig einer en-bloc-Abstimmung.

Oberbürgermeister Feist erklärte daraufhin den Begriff und fasste dann zusammen, dass neben den politischen Gremien ein breit angelegter Beteiligungsprozess von Organisationen und Bürgern durchgeführt werden solle.

Die Nachfrage von **Herrn Tönjes**, ob es sich dann um eine Art „Strategieentwicklungsprozess“ handle wurde von **Oberbürgermeister Feist** mit dem Hinweis, dieser stelle die Vorstufe zum Strategieprozess dar, bejaht.

Herr Tönjes erinnerte erneut an den Antrag der Gruppe „Die FRAKTION“, Wilhelmshaven zu einem Wissens- und Innovationsstandort zu machen, der eben diese Punkte zum Inhalt gehabt habe und abgelehnt worden sei. Ihm stelle sich die Frage, warum diesem Antrag nicht zugestimmt worden sei? Da das Eckpunktepapier dennoch wichtige Punkte aufgreife, werde er diesem zustimmen.

Zwischen **Frau Kloster** und **Oberbürgermeister Feist** wurde kurz die Frage erörtert, ob es ein großes Paket geben werde oder ob das Konzept eher kleinteilig

fortgeführt werde. **Oberbürgermeister Feist** erklärte dazu, es gebe nicht „das große Konzept“. Die Stadt wolle im Prozess möglichst viele Akteure mitnehmen. Das Eckpunktepapier diene dabei als Kompass, die Details würden jedoch in unterschiedlichen Schritten mit verschiedenen Beteiligten erarbeitet und dem Rat vorgelegt.

Herr Dr. Schulte riet, die Angelegenheit nicht unnötig zu verkomplizieren: Gerade sei mit der Vereinbarung der Rechtsrahmen verabschiedet worden. Hier handele es sich jetzt um den strategischen Gesamtrahmen, der nicht verbindlich sei, sondern vielmehr den Versuch darstelle zu sagen, in welche Richtung die Reise auf lokaler Ebene gehe. Diesem könne seiner Ansicht nach ohne Bedenken zugestimmt werden, da alles noch offen sei.

Herr Hellwig hielt den Vorschlag der Verwaltung für durchaus vernünftig und wies ebenfalls darauf hin, dass das Eckpunktepapier zunächst als vorläufig anzusehen sei. Dennoch sei es wichtig, einen Anfang zu machen. Die Gruppe CDU/WBV werde daher zustimmen.

Herr Dr. von Teichman bat, an der besagten Stelle im Eckpunktepapier als 5. Punkt das Thema „*Globalisierung*“ einzufügen.

Der Beschlussvorschlag wurde daraufhin geteilt und darüber wie folgt abgestimmt:

1)

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 4 Nein-Stimmen)

„Der ~~Verwaltungsausschuss~~ **Rat** der Stadt Wilhelmshaven beschließt das als Anlage C beigefügte „Eckpunktepapier zur Verwendung der Strukturhilfen für den Steinkohlestandort Wilhelmshaven“ als vorläufigen strategischen Rahmen“
(inklusive der in der Ratssitzung am 22.09.2021 vorgenommenen Änderungen)

2)

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 5 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen)

„und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines regionalen Strategieprozesses.“

(Das angepasste Eckpunktepapier ist als Anlage zur Beschlussvorlage im Ratsinformationssystem hinterlegt.)

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

Der ~~Verwaltungsausschuss~~ **Rat** der Stadt Wilhelmshaven beschließt das als Anlage C beigefügte „Eckpunktepapier zur Verwendung der Strukturhilfen für den Steinkohlestandort Wilhelmshaven“ als vorläufigen strategischen Rahmen und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines regionalen Strategieprozesses.

6.1.4 Strukturwandel Kohleausstieg - mögliche Projekte und Maßnahmen 210/2021

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 20.09.2021 vor.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich skeptisch hinsichtlich der vorgeschlagenen Projekte, besonders in Bezug auf das Ausbildungszentrum und die Planungen zum Pumpwerk. Die Gruppe FDP/FW werde zwar zustimmen, dennoch prophezeie er noch viel Arbeit in diesen Bereichen.

Herr Jacques widersprach der Auffassung von Herrn Dr. von Teichman. Den Aufschlag von Uniper in Bezug auf das Ausbildungszentrum müsse die Stadt unbedingt aufnehmen, um den Menschen Perspektiven zu bieten und Arbeitsplätze zu sichern. Zudem wies er noch einmal darauf hin, dass nichts ohne die Zustimmung des Rates entschieden werde.

Herr Tönjes hielt die Vorschläge als ersten Aufschlag für durchaus zustimmenswert.

Herr Hellwig wollte die Vorlage als Arbeitsauftrag an die Wirtschaftsförderung verstanden wissen. Die Probleme seien bekannt und man könne sich nicht früh genug um Änderungen und Maßnahmen Gedanken machen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 4 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen)

Der ~~Verwaltungsausschuss~~ **Rat** der Stadt Wilhelmshaven nimmt die Projektideen zur Kenntnis (Anlage D) und beauftragt die Verwaltung mit der Koordination der Weiterentwicklung zu antragsfähigen Projekten und Maßnahmen.

6.1.5 Finanzierung des Eigenanteils bei Inanspruchnahme der Strukturhilfen 211/2021

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 20.09.2021 vor.

Herr Dr. von Teichman verließ seinen Bedenken Ausdruck, sollte die Stadt tatsächlich den Eigenanteil allein finanzieren müssen.

Oberbürgermeister Feist informierte, dass in der gemeinsamen Sitzung des Verwaltungsausschusses mit dem Kreisausschuss des Landkreises Friesland am 21.07.2021 beschlossen worden sei, den Begründungstext zu kürzen, indem der 4. Absatz gestrichen werde („Der niedersächsische Minister ... gewährleisten zu können.“).

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(inklusive Streichung in der Begründung, bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung)

Der ~~Verwaltungsausschuss~~ **Rat** der Stadt Wilhelmshaven fordert das Land Niedersachsen auf, die Finanzierung des bei

Inanspruchnahme der Strukturhilfen verbleibenden Eigenanteils aus Landesmitteln sicherzustellen.

- 6.1.6 Aufgabe der Beteiligung an der Ostfriesland Tourismus GmbH **225/2021**

zurückgezogen

- 6.2 Ausschuss für Kultur (Beigeordneter Jacques)

- 6.2.1 Gründung und Beteiligung der Stadt Wilhelmshaven an der Tourismus Agentur Nordsee GmbH (TANO) **237/2021**

zurückgezogen

- 6.2.2 Neufassung Entgeltordnung Stadttheater **259/2021**

Herr Jacques trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Kultur vom 15.09.2021 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Neufassung der Entgeltordnung für das Stadttheater.

- 6.3 Ausschuss für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungsfragen (Ratsherr Heinemann)

- 6.3.1 Streaming und Videoaufzeichnung von Ratssitzungen **213/2021**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungsfragen vom 13.09.2021 vor. Anschließend äußerte er Zweifel hinsichtlich der praktischen Umsetzbarkeit beim Einsatz eines Rednerpultes.

Oberbürgermeister Feist erklärte, die Verwaltung halte den Einsatz eines Rednerpultes für praktisch machbar. In der Vorbereitung seien Kommunen befragt worden, die bereits damit arbeiteten. Er könne sich vorstellen, dass ein Rednerpult sogar zur Straffung der Sitzungslänge beitragen könne.

Herr Dr. von Teichman lobte die Vorlage als umfangreiches und sorgfältig erarbeitetes Papier. Er befürchtete beim Einsatz eines Rednerpultes ebenfalls Probleme. Dafür habe die Gruppe FDP/FW einen Änderungsantrag vorbereitet, halte es jedoch für sinnvoller, den nächsten Rat über diese Frage entscheiden zu lassen. Aus diesem Grunde beantrage er die **Vertagung dieses Punktes auf Dezember**. Erst wenn der Vertagungsantrag abgelehnt werde, werde er den Änderungsantrag einbringen.

Herr Jacques stimmte der Vertagung zu.

Herr Tönjes appellierte heute einen Beschluss zu fassen, da auch er einen Änderungsantrag einbringen wolle, der ein neues Konzept vorsehe.

Oberbürgermeister Feist machte darauf aufmerksam, dass die Verwaltung bereits viel Aufwand in die Abarbeitung des Ratsauftrages investiert habe. Der von Herrn Tönjes angekündigte Änderungsantrag bedeute erneuten Aufwand. Einer Vertagung könne er zustimmen, dann aber auf der Grundlage der vorgelegten Beschlussvorlage.

Herr Schönfelder ergänzte, der Änderungsantrag von Herrn Tönjes sei rechtlich nicht zulässig, da der Rat an den Beschluss zur Vorlage 521/2021 gebunden sei, wo ausdrücklich die Audio- und Videoübertragung zu prüfen gewesen sei. Da seit diesem Beschluss noch keine 6 Monate vergangen seien, könne darüber auch noch kein neuer Beschluss gefasst werden. Von daher rate auch er zu einer Vertagung, damit die zeitliche Bindung entfalle.

Nachdem die **Herren Hellwig** und **Moriße** ebenfalls ihre Zustimmung zur Vertagung signalisiert hatten, wurde der **Vertagungsantrag** von Herrn Dr. von Teichman bei 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -vertagt-

1. Der Rat stimmt dem beigefügten Konzept über die technischen Anforderungen (sh. Anlage Leistungsbeschreibung) sowie der Verwendung eines Rednerpultes (sh. Fotos) zu.
2. Der Rat stimmt zu, die Änderung der Hauptsatzung durch den neu konstituierenden Rat beschließen zu lassen.

6.4 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schön)

6.4.1 Bebauungsplan Nr. 23, 1. Änderung (vorhabenbezogen)/ **227/2021**
Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 30 (VEP 030)
-Gartengelände Hegelstraße (ehem. Botanischer Garten)-
Erneuter Entwurfsbeschluss

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 14.09.2021 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem geänderten Entwurf der 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 23 (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 30 (VEP 030) –Gartengelände Hegelstraße (ehem. Botanischer Garten)- zu und beschließt, diesen mit der Begründung vom 31.08.2021 gem. §4a (3) in Verbindung mit §3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) erneut einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4a (3) i. V. m. § 4 (2) BauGB sind erneut einzuholen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

6.4.2 90. Änderung des Flächennutzungsplanes von 1973
-Bismarckstraße zwischen Rechtern- und Jachmannstraße-
Aufstellungsbeschluss

228/2021

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 14.09.2021 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist, die Aufstellung der **90. Änderung des Flächennutzungsplans von 1973 -BISMARCKSTRASSE ZWISCHEN RECHTERN- UND JACHMANNSTRASSE-** . Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

6.4.3 Bebauungsplan Nr. 127 A
Bismarckstraße zwischen Liebrecht- und Jachmannstraße
Aufstellungsbeschluss

229/2021

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 14.09.2021 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 6 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist, die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. **127A - BISMARCKSTRASSE ZWISCHEN LIEBRECHT- UND JACHMANNSTRASSE-** . Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

6.4.4 87. Änderung des Flächennutzungsplanes von 1973
-Voslapper Groden Nord / Nördlich Tanklager-
Aufstellungsbeschluss

124/2021

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 14.09.2021 vor.

Herr Dr. von Teichman hielt die Vorlage für sehr wichtig, aber nicht unproblematisch. Er betone aber, dass die Gruppe FDP/FW keinesfalls Umstrukturierungen und Industrieansiedlungen entgegenstehe. Da man sich zunächst am Anfang des Verfahrens befinde, werde die Gruppe zustimmen, stehe aber dem Ansinnen des Investors skeptisch gegenüber. Frühere Versprechungen

aus anderen Projekten haben ihn vorsichtig werden lassen. Er könne sich schwer vorstellen, dass das Vorhaben so zu verwirklichen sei. Die Stadt jedoch brauche Verlässlichkeit. Ihn stimme positiv, dass im weiteren Verfahren jedoch sämtliche Auswirkungen detailliert untersucht würden und der Rat zu jedem Schritt eingebunden werde.

Frau Kloster hielt dem entgegen, man wolle nicht erst den Start des Verfahrens abwarten, sondern wolle zunächst die offenen Fragen geklärt haben. Die Gruppe GUS halte den bereits für das Jahr 2027 avisierten Start für illusorisch angesichts des Umfangs des Projekts. Das Gebiet sei absolut schützenswert, daher müsse zunächst die EU befragt werden. Die Gruppe werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen, wobei sich die Ablehnung nur auf den Standort beziehe, nicht jedoch auf das Projekt.

Oberbürgermeister Feist wies darauf hin, es gebe kein Verfahren vor dem Verfahren. Die offenen Fragen würden im Zuge der Abarbeitung des heute zu verabschiedenden Beschlusses geklärt werden. Er gebe den Vorrednern Recht, dass es sich um ein komplexes Thema handle. Mit dem Umweltministerium habe es bereits Kontakt zur Vorbereitung gegeben, mit der EU werde jedoch erst nach Abarbeitung aller Fragen Kontakt aufgenommen. Er bestätigte, dass es sich bei den Flächen um ein durchaus schwieriges Gebiet handle: diese seien in den 1970er Jahren für eine industrielle Nutzung entstanden, jedoch nicht als solche genutzt worden. Aufgrund dessen sei dort ein Naturschutzgebiet eingerichtet worden. Hinzu komme aktuell das übergeordnete Thema Klimawandel.

Herr Marušić führte weiter aus, man befinde sich erst am Startpunkt des Projekts. Es sei unbestritten sehr wichtig, werde aber behandelt, wie jedes andere auch, an deren Anfang der Aufstellungsbeschluss stehe. Ohne diesen könne kein Projekt beginnen. Erst danach würden die weiteren Untersuchungen vorgenommen und deren Ergebnisse erneut dem Rat vorgelegt. Gleichwohl komme diesem Vorhaben eine herausragende Bedeutung zu und er bitte, dieses heute anzustoßen. Ohne den heutigen Beschluss können weitere Untersuchungen nicht vorgenommen werden.

Herr Hellwig machte darauf aufmerksam, dass es sich bei der Fläche immerhin um Industrieerwartungsland handle, mit der vorübergehenden Nutzung als Naturschutzgebiet. Das Gelände müsse künstlich trocken gehalten werden und zudem seien große Teile der Fläche stark umweltbelastet. Damit handle es sich keineswegs um derart natürliche Flächen, wie oft in Feld geführt. Er gebe zu bedenken, dass der Ausstieg aus den fossilen Energien dazu führe, dass Arbeitsplätze an anderer Stelle geschaffen werden müssten. Diese Chance werde durch das Projekt geboten und es wäre fahrlässig, sich dieser Gelegenheit in den Weg zu stellen. Details gebe es sicherlich zu kritisieren, doch müsse die Bedeutung des gesamten Vorhabens betrachtet werden. Er bitte daher dringend um Zustimmung.

Der Ratsvorsitzende unterbrach die Sitzung anschließend für eine **Pause von 17:40 Uhr bis 17:55 Uhr.**

Nach Wiedereinstieg in die Tagesordnung wurde die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt fortgeführt. An dieser beteiligten sich **Frau Breuer, Frau**

Stomberg, Herr Tönjes, Oberbürgermeister Feist, Herr Schön und Herr Dr. Schulte.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 7 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728) geändert worden ist, die Aufstellung der 87. Änderung des Flächennutzungsplanes von 1973 - Voslapper Groden Nord / Nördlich Tanklager -. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

6.4.5 Bebauungsplan Nr. 225 **125/2021**
-Voslapper Groden Nord / Nördlich Tanklager
Aufstellungsbeschluss

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 14.09.2021 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 7 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728) geändert worden ist, die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. **225** - Voslapper Groden Nord / Nördlich Tanklager -. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

6.4.6 Planfeststellungsverfahren Nordgleis **230/2021**
Hier: Aufhebung des Planfeststellungsverfahrens

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 14.09.2021 vor.

Herr Dr. von Teichman erinnerte daran, dass das Nordgleis ursprünglich von der Hafenwirtschaft gewollt gewesen sei. Nun verwundere ihn die Aussage, dass dieses nicht mehr benötigt werde. Seiner Meinung nach gebe es keinen Hafen, der nicht an ein Bahngleis angeschlossen sei. Wenn der Bebauungsplan aufgehoben werde, sei eine künftige Nutzung mit Gleisen ausgeschlossen. Er könne dem Vorschlag aus diesem Grund nicht zustimmen.

Herr Tönjes vermisste weitere Informationen. Er könne nichts aufheben, dessen Hintergrund er nicht kenne. Er stimme den Bedenken von Herrn Dr. von Teichman zu und spreche sich ebenfalls gegen den Beschlussvorschlag aus.

Herr Hellwig machte darauf aufmerksam, dass weder Hafenwirtschaft noch Marine das Gleis noch benötigten. Er sehe daher keinen Hinderungsgrund, den

Bebauungsplan nicht zu ändern. Die Gruppe CDU/WBV werde daher zustimmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Aufhebung des Planfeststellungsverfahrens Nordgleis zu und beauftragt die Stadtverwaltung dies bei der zuständigen Planfeststellungsbehörde zu beantragen.

6.5 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsherr Möhle)

6.5.1 Nogatstr. 1, MDS; Finanzierung der temporären Unterbringung GGS **223/2021**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 16.09.2021 vor und dankte allen Beteiligten für die geleistete Arbeit.

Frau Weinstock forderte im Namen der Gruppe GUS die Verwaltung auf, den Umbau bzw. Neubau zügig voranzutreiben und die Kosten dafür niedrig zu halten.

Frau Heide hielt die dafür vorgesehene Einsparung – Aufschub des Neubaus der KiTa Friedenstraße – für problematisch und begründete dies anschließend.

Herr Schönfelder wies darauf hin, dass beim Neubau der KiTa nichts eingespart, sondern der Neubau lediglich verschoben werde, Der Vorschlag dazu sei aus dem zuständigen Fachbereich nach Prüfung der Kindertagesstättenbedarfsplanung gekommen, sei wohl erwogen und abgestimmt. Zur Finanzierung des Ausweichquartiers für die Schüler sei dies notwendig geworden. Zu dem Thema gebe es eine Sondersitzung des Schulausschusses, in der ausführlich informiert werde. Die Verwaltung stelle sicher, dass alle Kinder einen KiTa-Platz und die Schüler der Marion-Dönhoff-Schule ein Ausweichquartier bekommen.

Herr Dr. Schulte befürchtete Schwierigkeiten bei der Verteilung der KiTa-Plätze durch die neu eingeführte Online-Anmeldung.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Die anliegend dargestellten Einsparungen bei GGS bzw. im Kernhaushalt werden zur Kenntnis genommen.

6.5.2 Benennung von zwei Mitgliedern für den Verbandsausschuss des III. Oldenburgischen Deichbandes **241/2021**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 16.09.2021 vor.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Tönjes** erläuterte **Herr Marušić** das Procedere.

Herr von den Berg widersprach einer en-bloc-Abstimmung. Er begründete dies damit, dass die Betriebsleiterin GGS bereits stark eingebunden sei und es hier vorstellbar wäre, eine andere Person zu benennen, wie etwa jemand aus dem

Fachbereich „Stadtplanung und Stadterneuerung“.

Herr Marušić begründete daraufhin den Vorschlag der Verwaltung und informierte über die Aufgaben.

Die getrennte Abstimmung brachte das folgende Ergebnis:

1) Für **Herrn Marušić**:

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –
(bei 1 Enthaltung)

2) Für **Frau Groh**

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

Für den Verbandsausschuss des III. Oldenburgischen Deichbandes werden von der Stadt Wilhelmshaven als Vertreter für die Amtszeit 01.04.2021 bis 31.03.2026 Herr Niksa Marusic und Frau Simone Groh benannt. Corona bedingt finden die Wahlen für den o.a. Zeitraum erst am 22.09.2021 statt.

6.6 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
(Beigeordneter Moriße)

6.6.1 Wilhelmshaven - sauber und integrativ (WSI)

254/2021

zurückgezogen

7 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

7.1 Wirtschaftliche Situation Klinikum

Oberbürgermeister Feist informierte über den aktuellen Stand der wirtschaftlichen Lage am Klinikum, besonders hinsichtlich der Liquidität: Aufgrund noch ausstehender Budgetverhandlungen mit den Krankenkassen für 2020 und 2021 bestünden noch offene Forderungen in Höhe von ca. 14 Mio. €. Offene Budgetverhandlungen stünden mit Stand vom 31.12.2020 im Übrigen bei 90 % der somatischen Häuser aus.

Diese offenen Forderungen würden voraussichtlich erst ab Anfang 2022 sukzessive beglichen. Unter anderem aufgrund der außergewöhnlichen Belastungen aus der Corona-Pandemie sei es dem Klinikum jedoch aller Voraussicht nach nicht möglich, ohne gesonderte Maßnahmen die Zwischenfinanzierung bis zum vollständigen Ausgleich der offenen Forderungen zu tragen. Dazu stehe das Klinikum bereits in engem Kontakt mit der Stadt. Ab Ende 2022 sei mit einer deutlich verbesserten Liquidität zu rechnen, mit der die Zwischenfinanzierung refinanzierbar sei.

7.2 Sachstand Tourismuskonzept

Oberbürgermeister Feist führte dazu aus, dass mit Wirkung vom 1.10. die vom Rat beschlossene zusätzliche Stelle für das strategische Steuern aller im Konzern Stadt unternommenen touristischen Aktivitäten besetzt werde.

Weiterhin informierte er, dass sich die gestellten Förderanträge zur digitalen Besucherlenkung und dem virtuellen Stadtrundgang in der Umsetzung befänden.

Ein weiterer Projektförderantrag, den die Wirtschaftsförderung in Zusammenarbeit mit der WTF zum Thema „Perspektive Innenstadt“ gestellt habe, sei nunmehr mit einer Summe von 1,8 Mio. € bewilligt worden. Diese Mittel müssten verbindlich bis zum 31.03.2023 abgerufen werden.

Abschließend informierte Oberbürgermeister Feist über den Sachstand der Umsetzung der Baumaßnahmen für die Treppen am Bontekai.

7.3 Sachstand Landesgartenschau

Oberbürgermeister Feist verwies auf den Ratsbeschluss aus Juli, laut dem die Bewerbungsunterlagen für die Landesgartenschau 2026 erstellt und eingereicht werden sollten. Aufgrund der aktuellen Haushaltssituation und der verhängten Haushaltssperre in Höhe von 30% könne die Finanzierung der Landesgartenschau für 2026 nicht mehr fundiert und gesichert dargestellt werden, so dass nunmehr eine Bewerbung für das Jahr 2030 angestrebt werde. In diesem Zusammenhang wolle er darauf aufmerksam machen, dass die Städtebaufördermaßnahmen im Stadtpark weiter fortgeführt würden.

8 Anträge

8.1 Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Keine Streichung der Landesmittel bei den "Kosten der Unterkunft" der Sozialhilfe **556/2021**

Herr von den Berg brachte den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und begründete diesen anschließend.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn von den Berg** erklärte **Herr Bruns** das Zustandekommen der Zahlung und der geplanten Streichung.

Herr Hellwig beantragte die **Verweisung** des Antrages an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft.

Über den Verweisungsantrag diskutierten die **Herren Dr. von Teichman, Jacques, Tönjes** und **Hellwig**.

Dabei sprachen sich die Herren Dr. von Teichman und Tönjes gegen eine Verweisung aus, da es sich um eine Resolution handele, die schnelles Handeln erfordere. Beide hielten es für sinnvoller, den Antrag auf Grundlage der Ausführungen von Herrn Bruns umzuformulieren.

Herr Jacques und Herr Hellwig zeigten sich einverstanden mit der Verweisung. Eine Resolution müsse gründlich vorbereitet werden und der Rat solle möglichst geschlossen dahinterstehen.

Der Verweisungsantrag von Herrn Hellwig wurde anschließend bei 14 Gegenstimmen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -an Fachausschuss **verwiesen-**

Der Rat möge beschließen:

1. Der Rat fordert das Land auf, die von der Landesregierung vorgesehene Streichung bei den Zuschüssen des Landes für die „Kosten der Unterkunft“ (KdU) zurück zu nehmen.
2. Die regionalen Mitglieder des Landtages werden gebeten, sich im Landtag entsprechend einzusetzen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Schreiben an die regionalen Abgeordneten, die Landtagsfraktionen und die Landesregierung zu senden.

8.2 Antrag SPD-Fraktion: Einführung einer App für "Digitales Parken" auf gebührenpflichtigen Parkplätzen der Stadt Wilhelmshaven **557/2021**

Herr Stoermer brachte den Antrag der SPD-Fraktion ein und begründete diesen

Herr Dr. von Teichman hielt den Antrag für grundsätzlich gut, doch gebe es noch einiges dazu zu bedenken. Daher beantrage er die **Verweisung** an den Betriebsausschuss Technische Betriebe.

Nachdem sich die **Herren Hellwig** und **Jacques** dafür ausgesprochen hatten, wurde der Verweisungsantrag von Herrn Dr. von Teichman bei 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -an Fachausschuss **verwiesen-**

Der Rat der Stadt beschließt, die Einführung einer App für „Digitales Parken“ auf gebührenpflichtigen Parkplätzen der Stadt Wilhelmshaven.

8.3 Antrag Gruppe Die FRAKTION: Änderung der Hauptsatzung **558/2021**

Herr Tönjes brachte den Antrag für die Gruppe Die FRAKTION mit anschließender Begründung ein.

Herr Hellwig wies darauf hin, dass der Antrag im Verwaltungsausschuss bereits abgelehnt worden sei. Der Rat sollte mit der Gründung des Betriebsausschusses GGS von der Befassung mit diesen Themen entlastet werden, der Antrag führe nun in die entgegengesetzte Richtung. Die Gruppe CDU/WBV werde den Antrag daher ablehnen.

Herr Marušić erklärte, die beantragte Änderung sei nicht notwendig, da die Entscheidungen ohnehin unabhängig von der Wertgrenze dem Rat vorgelegt würden. Außerdem weise er den Vorwurf zurück, es werde nicht transparent gehandelt. Aufgrund der Personalsituation dauere die Erstellung der Protokolle länger als gewohnt, der Rückstand werde jedoch aktuell abgearbeitet. Auch könne der Sitzungsbeginn geändert werden, wenn damit den nicht dem Ausschuss angehörenden Ratsmitgliedern geholfen sei, an den Sitzungen als Zuhörer teilzunehmen.

Herr Dr. von Teichman äußerte sein Unverständnis gegenüber der beantragten

Änderung der Hauptsatzung nur wegen nicht zeitnah vorliegender Protokolle. Zudem sei der Eigenbetrieb doch gerade aus dem Grund gegründet worden, um flexibler arbeiten zu können. Diese Themen wieder dem Rat zur Entscheidung zu übertragen, führe zu unverhältnismäßigem Aufwand.

Herr Ehlers warf die Frage auf, warum die Sachdiskussionen zu den Anträgen nicht in den Fachausschüssen geführt würden. Er könne inhaltlich dazu gar keine Stellung nehmen. Zudem verwies er auf die Geschäftsordnung, wonach der Rat die Anträge an die zuständigen Fachausschüsse zur Vorbereitung überweise. Eine Sachdiskussion müsse an dieser Stelle nicht geführt werden.

Herr Schönfelder stimmte dem zu: die inhaltliche Diskussion erfolge im Fachausschuss, nicht aber im Rat. Er kündigte an, dass mit der neuen Geschäftsordnung auch ein entsprechender Vorschlag unterbreitet werde.

Herr Tönjes verwies auf die Geschäftsordnung, wonach die Anträge zunächst in den Rat und von dort in die Fachausschüsse gelangten. Diese Reihenfolge halte er persönlich für transparenter, als zuerst die Fachausschüsse zu beteiligen. Angesichts der sich abzeichnenden Tendenz werde er seinen Antrag jedoch heute **zurückziehen**.

Beschluss: -zurückgezogen-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur
Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wilhelmshaven laut Anlage.

8.4 Antrag Gruppe Die FRAKTION: Veräußerungen von 559/2021
Erbbaugrundstücken

Herr Tönjes brachte den Antrag für die Gruppe Die FRAKTION ein und begründete diesen anschließend.

Herr Hellwig berichtete, der Verwaltungsausschuss habe diesen Antrag ebenfalls abgelehnt. Auch die Gruppe CDU/WBV werde heute gegen den Antrag stimmen.

Frau Kloster verließ ihrem Unverständnis gegenüber der Kritik am Umgang mit Anträgen Ausdruck.

Oberbürgermeister Feist gab zu verstehen, er habe die Sorge, dass es irgendwann im Rat nicht mehr um die Suche nach der besten Idee gehe, sondern allein um die Diskussionen über das Verfahren. Es sei gute Tradition in der Kommunalverwaltung, dass Themen zunächst im Fachausschuss, und zwar öffentlich, vorberaten würden. Angesichts der zunehmenden Länge der Ratssitzungen bzw. der Tendenz, diese unterbrechen zu müssen, müsse genau diese Diskussion erlaubt sein. Er könne angesichts der wiederholten Diskussion über dieses Thema keinen Zugewinn an Demokratie erkennen und fühle sich auch vorgeführt. Er rege daher an, die erste Lesung konsequent in den Fachausschüssen stattfinden zu lassen, um dann anschließend die Themen in den Rat einzubringen.

Herr Dr. Schulte beantragte für die Gruppe FDP/FW die folgende **Änderung**:

„Der Rat möge beschließen:

Der vorliegende Antrag der Gruppe „Die Fraktion“ wird wie folgt geändert:

Erbbaugrundstücke werden grundsätzlich zum vollen Wert (§ 125 NKomVG) entspr. dem Verkehrswert verkauft. Ausnahmen hiervon bedürfen einer schlüssigen Begründung, die Entscheidung obliegt in diesen Fällen dem Rat.

(Der weitere Text im Originalantrag entfällt, ebenso die Begründung)“

Herr Hellwig wies darauf hin, dass die Vorbereitung dieses Themas im Fachausschuss erfolgen müsse, um nicht im Rat eine Grundlegendiskussion zu führen. Daher beantrage er die **Verweisung** an den zuständigen Fachausschuss.

An der Diskussion über den Verweisungsantrag beteiligten sich **Herr Jacques, Frau Weinstock** und **Herr Dr. Schulte**.

Der Verweisungsantrag von Herrn Hellwig wurde bei 12 Gegenstimmen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -an Fachausschuss **verwiesen-**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt,

1. Erbbaugrundstücke werden mindestens zum aktuellen vollen Verkehrswert angeboten. (Aufhebung des VA-Beschlusses vom 06.02.1995 und des Ratsbeschlusses vom 11.05.2005)
2. Angebote zum Erwerb von Erbbaugrundstücken, die nicht zum aktuellen vollen Bodenrichtwert eingehen, sind zu begründen. Die Begründung ist dem Rat zwei Wochen vor „Beschlussfassung zur Veräußerung“ vorzulegen.

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes schlug **Ratsvorsitzender Becker** vor, die Ratssitzung zu unterbrechen. Nach kurzer Meinungsäußerung der **Herren Dr. Schulte, Jacques, von den Berg, Hellwig** und **Moriße** beantragte **Frau Stomberg**, die Sitzung zu unterbrechen.

Der **Antrag auf Sitzungsunterbrechung** wurde bei 22 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen **mehrheitlich angenommen** und die Sitzung um **19:30 Uhr** unterbrochen.

Die **Fortsetzung** der Sitzung wurde auf Montag, den 4. Oktober um 15 Uhr festgelegt.

Nach **Wiedereinstieg in die Tagesordnung am 04.10.2021 um 15:00 Uhr** erfolgte die weitere Behandlung der Anträge:

8.5 Antrag Gruppe Die FRAKTION: Vergaberichtlinien

560/2021

Herr Tönjes trug den Antrag der Gruppe „Die FRAKTION“ und begründete diesen anschließend.

Auf Bitten von **Herrn Dr. von Teichman** informierte **Oberbürgermeister Feist** über den aktuellen Sachstand.

Herr Tönjes bemängelte anschließend die fehlende Umsetzung des Beschlusses.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 11 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt,
die von der Verwaltung erarbeiteten „Einheitliche Richtlinien über
die Vergabe von öffentlichen Aufträgen bei der Stadt
Wilhelmshaven“ in der im Rechnungsprüfungsausschuss im Mai
2021 vorgestellten Fassung.

8.6 Antrag Gruppe Die FRAKTION: Kommunale Klimaanpassungs-
strategien

561/2021

Herr Tönjes brachte den Antrag der Gruppe „Die FRAKTION“ ein und begründete diesen.

Herr Hellwig vertrat die Auffassung, die weitere Vorbereitung sollte im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz erfolgen. Aus diesem Grund beantragte er die **Verweisung an den zuständigen Fachausschuss**.

Oberbürgermeister Feist ergänzte, der Antrag müsse ebenfalls im Ausschuss für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungsfragen beraten werden, da die möglicherweise dann zusätzlichen Tätigkeiten auch einen Mehrbedarf an Personal bedeuteten.

Nachdem sich die **Herren Tönjes** und **Jacques** ebenfalls zum Verweisungsantrag geäußert hatten, wurde der Antrag auf Verweisung in die Fachausschüsse bei 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -an Fachausschuss **verwiesen**-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt,
die Verwaltung wird beauftragt „Kommunale
Klimaanpassungsstrategien“ zu entwickeln und sie dem Rat binnen
6 Monaten zur weiteren Beratung vorzulegen. (Stichtag:
März/Aprilsitzung 2022). Zukünftig sollen dann die Auswirkungen
von Beschlüssen auf den Beschlussvorlagen (ähnlich der
Darstellung der finanziellen Folgen) dargestellt werden.

9 Anfragen9.1 Anfrage AfD-Fraktion: Information zu abgelehnten Asylbewerber/innen 555/2021

Herr Schönfelder beantwortete die Anfrage von Herrn Moriß wie folgt:

Frage 1) 1. Wieviel abgelehnte Asylbewerber/innen leben in Wilhelmshaven?

Es leben derzeit 166 abgelehnte Asylbewerber in Wilhelmshaven. Davon stammen 72 Personen aus den Ländern Syrien, Irak, Afghanistan und dem Libanon. In diese Länder finden derzeit keine Rückführungen statt bzw. in den Irak werden nur Straftäter, die aus dem Nordirak stammen, abgeschoben. Bei weiteren 72 Personen ist die Identität ungeklärt, so dass eine Rückführung derzeit nicht möglich ist.

Frage 2) Wieviel Gefährder/innen leben in Wilhelmshaven?

Es liegen keine Erkenntnisse vor, dass Gefährder in Wilhelmshaven leben.

Frage 3) Werden Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerber/innen aus Wilhelmshaven konsequent von der Ausländerbehörde der Stadt Wilhelmshaven angestrebt oder nur zur Kenntnis genommen?

Abschiebungen werden konsequent eingeleitet, sobald die Voraussetzungen für die Einleitung von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen vorliegen.

Frage 4) Wieviel Asylbewerber/innen hat die Stadt Wilhelmshaven in der Zeit von 01.01.2015 – 14.06.2021 aufgenommen? (Hinweis: Es wird hier nochmals darauf hingewiesen, nur die Anzahl der Asylbewerber/innen in der Fragestellung 4 zu benennen.)

Es wurden im Zeitraum vom 01.01.2015 – 14.06.2021 insgesamt 1.695 Personen auf die Stadt Wilhelmshaven verteilt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch die im Bundesgebiet nachgeborenen Kinder auf die Verteilerquote mit angerechnet worden sind.

Frage 5) Wieviel Asylbewerber/innen aus 2015 bis 2021 haben mittlerweile Asyl erhalten?

Aufgrund von Zu- und Fortzügen kann die Zahl zu Frage 4 statistisch nicht aufgeschlüsselt werden.

Frage 6) Wieviel abgelehnte Asylbewerber/innen wurden bereits aus Wilhelmshaven abgeschoben?

Im Zeitraum von 2015 – Juli 2021 wurden insgesamt 84 Personen aus Wilhelmshaven abgeschoben. Eine Aufschlüsselung der Zahlen nach abgelehnten Asylbewerbern und sonstigen vollziehbar ausreisepflichtigen Personen kann statistisch nicht erfolgen.

Frage 7) Wieviel Familienangehörige von Asylbewerber/innen / auch unbegleitete minderjährige Flüchtlingskinder leben im Rahmen der Familienzusammenführung aus der Zeit 2015 -2021 in Wilhelmshaven?

Da im Visaverfahren zum Familiennachzug kein Unterschied hinsichtlich des Status des stammberechtigten Ausländers erfolgt, kann diese Zahl statistisch nicht ermittelt werden.

10 Einwohnerfragestunde

10.1 Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde (§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

10.2 Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung (§ 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Frau Jehnrich bat um Auskunft zu **TOP 7.2** in Bezug auf die Ausführungen zum virtuellen Stadtrundgang, ob die genauen Inhalte bereits bekannt seien.

Oberbürgermeister Feist verneinte dies und bat, sich für weiterführende Details an die WTF zu wenden.

Frau Jehnrich bezog sich anschließend auf **TOP 6.4.4 und 6.4.5** und bat um Erklärung des Begriffs „übergangsweises Naturschutzgebiet“.

Herr Marušić erklärte, die Fläche am Voslapper Groden sei laut Landes-Raumordnungsprogramm und dem Flächennutzungsplan der Stadt Wilhelmshaven ursprünglich als Industriefläche ausgewiesen. Im Laufe der Zeit sei die Fläche jedoch auch zu einem Naturschutzgebiet und EU-Vogelschutzgebiet geworden. Dies stelle den seltenen Fall einer Doppelnutzung dar und dieser Widerspruch müsse nun aufgeklärt werden, um später eine Entscheidung darüber treffen zu können, welcher Status auf dem Gebiet nun weiter gelte.

Eine letzte Frage von **Frau Jehnrich** bezog sich erneut auf **TOP 7.2** und dort auf die Aussage des Oberbürgermeisters, die Treppenanlage am Bontekai werde der Öffentlichkeit übergeben. Sie bat um Auskunft, wer entscheide, ob ein Bauwerk der Öffentlichkeit nicht mehr zugänglich gemacht werde und ob die Öffentlichkeit dann darüber ebenfalls unterrichtet werde.

Herr Marušić führte dazu aus, dass bei öffentlich gewidmeten Flächen nur der Rat diese Widmung wieder entziehen könne. Hier gehe es um den Museumshafen, der an das Küstenmuseum angegliedert sei und mit öffentlichen Geldern gefördert werde. Dies bedeute eine Bindung von 15 bis 20 Jahren für eine öffentliche Nutzung. Auch unabhängig davon sei es schwer vorstellbar, dass eine Fläche, die direkt an öffentliche Flächen anschließe, in eine private Nutzung übergehen solle.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 19:30 Uhr

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

gez.

Feist
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin